

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglied SPD-Fraktion

2. Bürgermeister Wilfrid Adam

Ratsmitglied Ursula Aljets

Ratsmitglied Holger Barkowsky

Ratsmitglied Petra Biel

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Hans Gabriels

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Hans Hartmann

Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke

Beigeordneter Siegfried Neumann

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsvorsitzender Norbert Schmidt

Ratsmitglied Margit Stoermer

Ratsmitglied Hermann Stolle

Ratsmitglied Angelika Thwin

Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester

Ratsmitglied August Desenz

Ratsmitglied Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Stephan Hellwig

Ratsmitglied Brigitte Klee

Ratsmitglied Michael Kunze

1. Bürgermeister Fritz Langen

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Philipp Panzer

Ratsmitglied Bernhard Rech

Beigeordneter Prof. Günter Reuter

Beigeordneter Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister

Ratsmitglied Hans-Joachim Jasny

Ratsmitglied Horst Radmer

Ratsmitglied Hartmuth Sager

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen/Westerman

Ratsmitglied Joachim Ender
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Gerold Tholen
Beigeordneter Joachim Tjaden
Ratsmitglied Claus-Dieter Westerman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Werner Biehl
Ratsmitglied Erika Lach

Mitglied "Die Linke"

Ratsmitglied Johann Janssen

parteilos

Ratsmitglied Peter Müller

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Gaul
Stadtkämmerer Heiko Hoff

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Zentrale Dienste Gerd-Dieter Mönck
Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß
Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion
Stellv. Fachbereichsleiter Finanzwirtschaft Stefan Kück

vom Eigenbetrieb

Eigenbetrieb Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe Holger Kullik
Betriebsleitung Grundstücke und Gebäude Oliver Leinert
Eigenbetrieb Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe Tim Menke
Betriebsleitung Städtische Datenverarbeitung Hubert Rüttgers

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Jörn Felbier

Geschäftsführer

Geschäftsführer Wirtschaftsförderung GmbH Jürgen Janßen

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 28

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

5.1	Neuordnung der in den Dezernaten wahrzunehmenden Aufgaben	255/2010
6.1.1	Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Wilhelmshaven vom 29.06.2005 in der Fassung vom 26.11.2008	231/2010
6.1.2	Satzung über die Erhebung von Gebühren für die städtische zentrale Abwasseranlage der Stadt Wilhelmshaven vom 19.11.1981 in der Fassung vom 25.03.2009	232/2010
6.1.3	Satzung über Gebühren aus der Beseitigung von Abwässern aus Grundstücksabwasseranlagen der Stadt Wilhelmshaven vom 20.05.1987 in der Fassung vom 26.11.2008	233/2010
6.1.4	Wirtschaftsplan WEB 2011	235/2010
6.2.1	Antrag SPD-Fraktion: "Wiederaufnahme der Vorhaben "Sportplatz Freiligrathstraße" und "Grundstückserlös Triftweg" in den Wirtschaftsplan 2011 der GGS"	535/2010
6.2.2	Antrag SPD-Fraktion: "Aufnahme der Gesamtinvestition i.H.v. 700T€ für die Erneuerung des Sportplatzes an der Güterstraße mit 10%-iger Eigenbeteiligung des Verein in den Wirtschaftsplan 2011 der GGS"	536/2010
6.2.3	Antrag SPD-Fraktion: "Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Verbesserung der Wasserqualität des Banter Sees sowie Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel"	537/2010
6.2.4	Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes GGS 2011	216/2010
6.3.1	Wirtschaftsplan 2011 der Städtischen Datenverarbeitung Wilhelmshaven	204/2010
6.4.1	Wirtschaftsplan 2011 Eigenbetrieb Straße und Grün	225/2010
6.5.1	Wirtschaftsplan 2011 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH	245/2010
6.5.2	Wirtschaftsplan 2011 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH	244/2010
6.5.3	Wirtschaftsplan 2011 der WTF Stadtwerke GmbH	243/2010
6.5.4	Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2007 - 2009	241/2010
6.5.5	Antrag SPD: Verlängerung der Arbeit des Unterausschusses	538/2010
6.5.6	Haushalt 2011/2012 inkl. Änderungsliste	
6.5.6.1	Gesamtpläne 2011 / 2012	
6.5.6.2	Teilhaushalte nach Dezernaten:	
6.5.6.2.1	Dezernat I - Oberbürgermeister Menzel:	
6.5.6.2.1.1	Teilhaushalt 02 - Gleichstellungsbeauftragte	
6.5.6.2.1.2	Teilhaushalt 13 - Kommunikation & Koordination	
6.5.6.2.1.3	Teilhaushalt 14 - Rechnungsprüfungsamt	
6.5.6.2.1.4	Teilhaushalt 81 - Wirtschafts- und Regionalmanagement (Referat 03)	
6.5.6.2.2	Dezernat II - Erster Stadtrat Stoffers:	
6.5.6.2.2.1	Teilhaushalt 10 - Zentrale Dienste	
6.5.6.2.2.2	Teilhaushalt 30 - Recht	
6.5.6.2.2.3	Teilhaushalt 50 - Soziales	
6.5.6.2.2.4	Teilhaushalt 51 - Jugend	
6.5.6.2.2.5	Teilhaushalt 53 - Gesundheit	
6.5.6.2.3	Dezernat III - Stadtbaurat Kottek:	
6.5.6.2.3.1	Teilhaushalt 61 - Stadtplanung	
6.5.6.2.3.2	Teilhaushalt 63 - Bauordnung	
6.5.6.2.4	Dezernat IV - Stadtrat Dr. Gaul:	
6.5.6.2.4.1	Teilhaushalt 32 - Bürgerangelegenheiten / Öffentl. Sicherheit und Ordnung	
6.5.6.2.4.1.1	Einrichtung eines Ordnungsdienstes	254/2010
6.5.6.2.4.2	Teilhaushalt 36 - Umwelt	
6.5.6.2.4.3	Teilhaushalt 37 - Brandschutz	
6.5.6.2.4.4	Teilhaushalt 40 - Bildung, Kultur, Sport	
6.5.6.2.5	Dezernat V / Sonderteilhaushalte:	
6.5.6.2.5.1	Teilhaushalt 20 - Finanzen	
6.5.6.2.5.2	Sonderteilhaushalt Konzern Stadt	
6.5.6.2.5.3	Sonderteilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft	
6.5.6.3	Stellenplan inkl. Veränderungen	
6.5.6.4	Investitionsprogramm 2011 - 2015	

6.5.6.5	Übersichten:	
	- Verpflichtungsermächtigungen	
	- Schulden	
	- Stiftungen	
6.5.6.6	Haushaltssicherungsbericht zum Haushalt 2011	239/2010
6.5.6.7	Haushaltssicherungskonzept 2011	
6.5.6.7	Antrag der FDP-Fraktion auf Umsetzung des papierlosen Sitzungsdienstes (Ziff. 4.4 Haushaltssicherungskonzept)	540/2010
6.5.6.7.1	Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung)	240/2010
6.5.6.7.2	Änderung der Hundesteuersatzung (Anhebung der Steuersätze)	252/2010
6.5.6.8	Haushaltssatzung 2011/2012	238/2010

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Schmidt wies zudem auf die Übergabe von 1.125 Unterschriften an Herrn Oberbürgermeister Menzel für den Erhalt der Schule Neuende hin.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. von Teichman machte auf den Antrag der FDP-Fraktion zur Umsetzung des papierlosen Sitzungsdienstes aufmerksam. Dieser sei auf der Tagesordnung nicht enthalten. Da der Antrag sich jedoch auf das Haushaltssicherungskonzept beziehe, vermute er aber, dass dieser dann an entsprechender Stelle zu Tagesordnungspunkt 6.5.6.7 behandelt werde.

Herr Schmidt bestätigte, er werde den Antrag der FDP-Fraktion auf Umsetzung des papierlosen Sitzungsdienstes (Antrag-Nr. 540/2010) **unter Tagesordnungspunkt 6.5.6.7 „Haushaltssicherungskonzept“ und dort bei Ziffer 4.4** „Papierlosen Sitzungsdienst zur nächsten Legislaturperiode umsetzen“ aufrufen.

Beschluss: - einstimmig -

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 15.09.2010

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 15.09.2010 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Für die aktuelle Stunde lagen keine Anmeldungen vor.

5 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Prof. Reuter)

5.1 Neuordnung der in den Dezernaten wahrzunehmenden Aufgaben **255/2010**

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 25.10.2010 vor.

Herr Dr. von Teichman signalisierte die Zustimmung der FDP-Fraktion, machte aber dennoch darauf aufmerksam, dass man den Verzicht auf einen Kämmerer für falsch erachte. Besonders vor dem Hintergrund der finanziellen Situation sei eine Neubesetzung dieser Stelle dringend erforderlich.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die aufgrund der vorübergehend ab 1. November 2010 unbesetzten Stelle des Stadtkämmerers nicht mehr durch diesen wahrgenommenen Aufgaben werden auf folgende Dezernate verteilt:

1. Finanzwirtschaft (Fachbereich 20):
Dezernat II - Erster Stadtrat Jens Stoffers
2. Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS):
Dezernat III - Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
3. Betreuung Ortsrat Sengwarden:
Dezernat IV - Stadtrat Dr. Jens Graul

Der Rat nimmt die als Anlage beigefügte Übersicht der Vertretung der Stadt in Organen und Besetzung von Geschäftsführerpositionen zur Kenntnis.

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

Herr Stoffers informierte, dass für die heute zu beratenden Satzungen zu Tagesordnungspunkt 6.1.1 (Vorl.-Nr. 231/2010) sowie 6.5.6.7.1 (Vorl.-Nr. 240/2010) und 6.5.6.7.2 (Vorl.-Nr. 252/2010) eine redaktionelle Änderung vorgenommen werden müsse: Diese Satzungen beruhten auf einer Rechtsgrundlage, die in der Präambel in ihrer jeweils aktuellsten Fassung anzugeben sei.

Im vorliegenden Fall sei die Niedersächsische Gemeindeordnung, die bei allen genannten Satzungen die Rechtsgrundlage darstelle, mit Wirkung vom 07.10.2010 neu gefasst worden. Dieses Datum sei bislang jedoch nicht in die jeweiligen Präambeln aufgenommen worden.

Er bitte hier darum, die Verwaltung zu ermächtigen, diese notwendige redaktionelle Änderung vorzunehmen.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Im Folgenden erklärte **Herr Schmidt**, die Fraktionen hätten sich darauf geeinigt, auf die Haushaltsreden zu verzichten; es erfolge dennoch eine kurze Einführung des Stadtkämmerers, Herrn Hoff, zum Haushalt.

Die Rede von **Herrn Hoff** ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

6.1 Betriebsausschuss Entsorgungsbetriebe (Ratsherr Gabriels)**6.1.1 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Wilhelmshaven vom 29.06.2005 in der Fassung vom 26.11.2008 231/2010**

Herr Gabriels trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses „Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe“ vom 01.10.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt

die anliegende "Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Wilhelmshaven vom 29.06.2005 in der Fassung vom 26.11.2008".

6.1.2 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die städtische zentrale Abwasseranlage der Stadt Wilhelmshaven vom 19.11.1981 in der Fassung vom 25.03.2009 232/2010

Herr Gabriels trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses „Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe“ vom 01.10.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt:

Die Gebührensätze der „Satzung über die Erhebung von Gebühren für die städtische zentrale Abwasseranlage der Stadt Wilhelmshaven vom 19.11.1981 in der Fassung vom 25.03.2009“ bleiben unverändert.

6.1.3 Satzung über Gebühren aus der Beseitigung von Abwässern aus Grundstücksabwasseranlagen der Stadt Wilhelmshaven vom 20.05.1987 in der Fassung vom 26.11.2008 233/2010

Herr Gabriels trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses „Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe“ vom 01.10.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt:

Die Gebührensätze der „Satzung über Gebühren für die Beseitigung von Abwässern aus Grundstücksabwasseranlagen (Gebührensatzung für Grundstücksabwasseranlagen) der Stadt Wilhelmshaven vom 20.05.1987 in der Fassung vom 26.11.2008“ bleiben unverändert.

6.1.4 Wirtschaftsplan WEB 2011 235/2010

Herr Gabriels trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses „Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe“ vom 01.10.2010 vor.

Herr Dr. von Teichman lobte den Wirtschaftsplan. In diesem Zusammenhang bitte er dringend darum, in der Öffentlichkeit verstärkt über den Sachstand der Schmutzwassereinleitungen zu informieren. Die einzelnen Maßnahmen seien zwar bereits im Wirtschaftsplan aufgeführt, doch müsse die Stadt ihre Aktivitäten noch besser nach außen kommunizieren.

Herr Dr. Graul erklärte, der Betrieb sei ab 2011 in der Lage, mit dem Projekt „Druckrohrleitung“ einen weiteren Schritt zur Reduzierung der Schmutzwassereinleitungen am Südstrand zu gehen. Dies habe bislang aufgrund des Ratsauftrages, Alternativen dazu zu prüfen, nicht in Angriff genommen werden können. Diese Prüfung sei mittlerweile abgeschlossen und deren Ergebnisse würden Ende des Jahres vorgestellt werden. Für die letztlich durchzuführende Maßnahme – Druckrohrleitung oder Alternative – bedürfe es dann noch einer abschließenden Entscheidung. In jedem Falle werde dieses Thema bis 2015 erledigt sein. Dazu wolle er ergänzend darauf aufmerksam machen, dass bereits in diesem Jahr die Mischwasserabschläge um mehr als die Hälfte gegenüber dem Vorjahr reduziert werden konnten.

Herr Weerda machte darauf aufmerksam, dass in der November-Ratssitzung die Zusammenlegung der Betriebe WEB und SGW beschlossen würde. Die Wirtschaftspläne WEB und SGW sollten daher unter Vorbehalt beschlossen werden, da im Zuge der Zusammenlegung ohnehin ein neuer Wirtschaftsplan aufgestellt würde.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe, Eigenbetrieb der Stadt Wilhelmshaven, für das Wirtschaftsjahr 2011 in der vorliegenden Fassung.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen** für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **7.444.200,00 €** festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** wird auf **650.000,00 €** festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem **Liquiditätskredite** für das Wirtschaftsjahr 2011 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **6.000.000,00 €** festgesetzt.

6.2 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsherr Hellwig)

6.2.1 Antrag SPD-Fraktion: "Wiederaufnahme der Vorhaben "Sportplatz Freiligrathstraße" und "Grundstückserlös Triftweg" in den Wirtschaftsplan 2011 der GGS"

Herr Barkowsky trug folgenden Antrag der SPD-Fraktion vor und begründete diesen anschließend:

Die von der Verwaltung im Wirtschaftsplan 2011 der GGS vorgesehenen Vorhaben „Sportplatz Freiligrathstraße“ unter der Produktnummer 11.17.06 und „Grundstückserlös Triftweg“ sind in das Investitionsprogramm wieder wie ursprünglich vorgesehen aufzunehmen

Herr Hellwig nannte die Konzentration von Sportanlagen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der zu erzielenden Synergieeffekte nützlich und sinnvoll.

Die CDU-Fraktion werde dem Antrag zustimmen, obwohl dieser eigentlich überflüssig sei, da die Summen bereits im Wirtschaftsplan enthalten seien.

Herr Tjaden stimmte den Ausführungen von Herrn Hellwig zu. Dennoch stehe er dem Vorhaben, den Verkaufserlös des Grundstückes Triftweg für die Finanzierung des „Sportplatzes Freiligrathstraße“ zu nutzen, skeptisch gegenüber. Derartiges habe in der Vergangenheit häufig genug nicht funktioniert.

Herr Dr. von Teichman erklärte, er halte die Reihenfolge für nicht sinnvoll. Seines Erachtens müsse zunächst das Grundstück vermarktet werden, bevor der Umbau des Sportplatzes erfolgen könne. Aus diesem Grunde werde seine Fraktion dem vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen und **beantrage**, den *Antrag der SPD um eine Festlegung zu ergänzen, die erst eine Vermarktung der Grundstücke und dann die Umsetzung der Maßnahme für den Sportplatz vorsehe.*

Herr Barkowsky begründete das im Antrag genannte Anliegen und verdeutlichte die bisherige Beschlusslage anhand des Protokolls der Sitzung des Betriebsausschusses GGS.

Herr Biehl stimmte dem Vorhaben zu und begründete dies damit, dass zum einen die Konzentration von Sportanlagen notwendig sei und zum anderen der Verkauf des besagten Grundstückes einmal mehr eine Chance darstelle, den Innenstadtbereich zu verdichten.

Herr Hellwig zeigte sich skeptisch gegenüber dem Änderungsantrag von Herrn Dr. von Teichman.

Herr Tjaden zeigte anhand eines Beispiels die Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung des Vorschlages von Herrn Dr. von Teichman auf, bekräftigte aber gleichzeitig erneut seine Bedenken gegenüber der Kombination „Grundstücksverkauf für Sportplatzerneuerung“. Darüber hinaus machte er auf die Diskrepanz von Beschlussfassung im Betriebsausschuss (Streichung Vorhaben „Sportplatz Freiligrathstraße“) und Darstellung im Wirtschaftsplan aufmerksam, der entgegen des Beschlusses diese Summe noch enthalte.

Herr Stoffers wies darauf hin, dass nach Geschäftsordnung Änderungsanträge schriftlich vorzulegen sind. Dies müsse aus Gründen der Übersichtlichkeit besonders für die Haushalts-Ratssitzung gelten.

Außerdem erklärte Herr Stoffers bezüglich der Abstimmung, dass grundsätzlich über die Vorlagen/Vorschläge der Verwaltung abgestimmt werde, unabhängig vom Votum der vorbereitenden Ausschüsse. Im vorliegenden Fall habe sich die Verwaltung jedoch ausdrücklich den Beschluss des Betriebsausschusses durch Aufnahme in ihre Beschlussvorlage zu Eigen gemacht und damit das Vorhaben an der Freiligrathstraße aus dem Investitionsprogramm herausgenommen. Aus diesem Grunde halte er es für richtig, über den SPD-Antrag abzustimmen, der die Wiederaufnahme zum Gegenstand habe.

Herr Dr. von Teichman legte die Gründe für den Änderungsantrag dar. Er könne zudem keine Probleme in der von ihm vorgeschlagenen Reihenfolge erkennen.

Herr Neumann bat um Hinweise zur praktischen Umsetzung. Seines Erachtens könne der Vorschlag der FDP-Fraktion in der Praxis nicht angewendet werden.

Herr Tjaden wiederholte abschließend erneut seine Einwände bezüglich des Wirtschaftsplanes.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, erfolgte die Abstimmung über die vorgelegten Anträge:

Der von Herrn Dr. von Teichman vorgelegte **Änderungsantrag** der FDP-Fraktion: *„Die Grundstücke werden zunächst vermarktet, dann wird der Sportplatz angesiedelt.“*

wurde bei 5 Ja-Stimmen (FDP-Fraktion) **mehrheitlich abgelehnt**.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde bei Gegenstimmen der FDP-Fraktion mehrheitlich angenommen.

6.2.2 Antrag SPD-Fraktion: "Aufnahme der Gesamtinvestition i.H.v. 700T€ für die Erneuerung des Sportplatzes an der Güterstraße mit 10%-iger Eigenbeteiligung des Verein in den Wirtschaftsplan 2011 der GGS" **536/2010**

Herr Barkowsky trug einen weiteren Antrag der SPD-Fraktion mit nachfolgender Begründung vor:

„Die Gesamtinvestition in Höhe von 700.000 € für die Erneuerung des Sportplatzes (Kunstrasen) an der Güterstraße ist in den Wirtschaftsplan 2011 der GGS aufzunehmen mit zehnprozentiger Eigenbeteiligung des Vereins verteilt auf die Nutzungszeit.

Die sanierte Anlage ist dann als städtische Liegenschaft dem Verein zur Pflege und Wartung zu übertragen.

Begründung:

Der ESV hat als Stadtteilverein hohe Bedeutung für den Sport und bietet die einzige Sportanlage im Stadtsüden. Der Verein leistet hervorragende Jugend- und Integrationsarbeit mit hoher sozialer Verantwortung. Für den Fortbestand und die zukünftige Entwicklung des Vereins ist die Erneuerung der Sportanlage unabdingbar. Dabei bietet ein zukunftsfähiger Kunststoffrasen eine bessere Nutzbarkeit und weniger Pflege- und Unterhaltungsaufwand für den Verein.“

An anschließenden regen Diskussion über die Bedeutung des Vereins für die Stadt und Vor- bzw. Nachteile einer solchen Investition beteiligten sich die **Herren Dr. Graul, Hellwig, Dr. von Teichman, Westerman, Biehl, Janssen, Neumann, Prof. Reuter, Tjaden, Hoff** und **Oberbürgermeister Menzel**.

Der Antrag wurde nach Abschluss der Diskussion mehrheitlich angenommen. (22 Ja-Stimmen: SPD-Fraktion, Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen/Westerman – mit Ausnahme von Frau Ober-Bloibaum -, Herren Möhle, Janssen und Müller;

21 Nein-Stimmen: CDU-Fraktion – mit Ausnahme von Herrn Möhle -, FDP-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau Ober-Bloibaum und Oberbürgermeister Menzel)

6.2.3 Antrag SPD-Fraktion: "Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Verbesserung der Wasserqualität des Banter Sees sowie Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel" **537/2010**

Herr Schmidt informierte, es liege zum Antrag der SPD-Fraktion ein gemeinsamer **Änderungsantrag** von SPD und Grünen vor. Diesen werde Herr Barkowsky einbringen.

Herr Barkowsky trug daraufhin den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wie folgt vor und begründete anschließend kurz das Anliegen:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Herstellung des Banter Sees als zukünftiges Freizeit- und Erholungsgebiet.

1. Unter Federführung von GGS sind in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich 36 – Umweltamt – die bisher erstellten Gutachten, Untersuchungen, Messungen und Beobachtungen (durch wissenschaftliche Institute, Behörden/Ämter aber auch durch Anrainer und Nutzer des Banter Sees) zusammenzutragen, auszuwerten und daraus ein Untersuchungskonzept zu erstellen. Aus diesem muss erkennbar werden, wo und in welchen Bereichen fehlende Werte nachgeliefert bzw. fehlende Bereiche nachuntersucht werden müssen. Hierzu sind gegebenenfalls – extern – weitere wissenschaftliche Gutachten einzuholen.
2. Aus diesem Untersuchungsprogramm ist eine Zeitschiene aufzustellen, aus der die zu ergreifenden Verfahrensschritte zu erkennen sind. Sich hieraus ergebende notwendige Haushaltsmittel nicht nachträglich in den Haushalt 2011 einzustellen.
3. Das wissenschaftliche Gesamtkonzept ist durch eine externe Gutachtergruppe zu überprüfen und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.
4. Die Verwaltung legt bis zur Sommerpause 2011 einen Zeitplan vor, aus dem die zukünftige Beordnung/Beplanung des Umfeldes des Banter Sees zu erkennen ist. Weiterhin ist die Bestandsaufnahme sowie das Verbot illegaler Einleitungen in den Banter See durchzuführen.

Begründung:

Die Herstellung des Banter Sees als Freizeiteinrichtung und Erholungsgebiet ist schon seit Jahren ein dringendes Anliegen der Bürger unserer Stadt.

Der gegenwärtige, schon seit Jahren unverändert schlechte Zustand des Sees ist für die Bürger unserer Stadt, im Hinblick auf die Nutzung als Badesees (und im Uferbereich als Freizeitgelände) nicht weiter hinnehmbar. Mit dem Wegfall des Geniusstrandes und der Beeinträchtigung der Bademöglichkeiten am Südstrand durch die Erosion des Sandstrandes und der Mischwassereinleitungen am Banter Siel gibt es in unserer Seestadt nur noch eingeschränkte Bademöglichkeiten.

Auch ist die regelmäßig auftretende Geruchsbelästigung durch faulende und abgestorbene Algen ein Ärgernis für Anwohner und Gastronomie in der Umgebung des Sees.

Mehrfach wurden von verschiedener Seite – mehr oder weniger wissenschaftlich – Untersuchungen und Messungen durchgeführt, um die Ursachen für den Blaualgenwuchs im Banter See zu ermitteln. Bisher durchgeführte Maßnahmen wie der Einsatz der sog. Freistrahlanlagen können lediglich als unterstützende Maßnahme betrachtet werden.“

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, es handle sich bei dem jetzt vorgelegten Antrag nicht um einen Änderungsantrag, sondern um einen völlig neuen Antrag. Da dieser jedoch nicht in den zuständigen Fachausschüssen vorberaten worden sei, könne hierüber nicht beschlossen werden. Aus diesem Grunde **beantrage er Nichtbefassung**.

Oberbürgermeister Menzel erklärte, dies werde geprüft werden. Ergänzend wolle er hinzufügen, dass allein das im ersten Satz des Änderungsantrages enthaltene Anliegen aufgrund der damit verbundenen Probleme nicht ohne weiteres beschlossen werden könne.

Herr Biehl legte, wie zuvor Herr Barkowsky, erneut die Gründe für das Erstellen dieser Abänderung dar. Seiner Meinung nach handle es sich nicht um einen vollständig neuen Antrag, sondern nur um eine Zusammenfassung bereits diskutierter Inhalte, ergänzt um eine zeitliche Perspektive. Somit könne über den Änderungsantrag sehr wohl in der heutigen Sitzung entschieden werden.

Herr Stoffers nahm Stellung zur Rechtslage: Der zugrunde liegende Antrag der SPD-Fraktion habe die Verbesserung der Wasserqualität zum Thema. Der Änderungsantrag von SPD und Grüne gehe jedoch erheblich über diese Thematik hinaus; dieser habe nicht nur die Verbesserung der Wasserqualität, sondern darüber hinaus die Herstellung des Banter Sees als Freizeit- und Erholungsgebiet zum Gegenstand. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen entfernten sich erheblich von dem bislang verfolgten Ziel.

Somit könnten nach Auffassung der Verwaltung nur diejenigen Beratungsgegenstände des Änderungsantrages zum Thema „Wasserqualität“ beschlossen werden, nicht aber die Passagen, die die Maßnahmen zur Herstellung des Banter Sees als Freizeit- und Erholungsgebiet beinhalteten.

Herr Neumann schlug vor, in Folge dessen im Änderungsantrag den Eingangssatz zu streichen. Dazu bitte das Einverständnis von Herrn Biehl.

Herr Prof. Reuter signalisierte die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. von Teichman auf Nichtbefassung, da der Änderungsantrag inhaltlich in der Tat vom ursprünglichen Antrag abweiche. Sollte dem Geschäftsordnungsantrag nicht gefolgt werden, bitte er um eine Sitzungsunterbrechung. Er zeige sich erstaunt, dass ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum gleichen Thema scheinbar nicht vorliege und dafür der heute von SPD und Grünen eingebrachte Änderungsantrag in weiten Teilen mit diesem Antrag gleich laute.

Herr Neumann erbat vor Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag ebenfalls eine Sitzungsunterbrechung.

Herr Stoffers resümierte, dass somit der Eingangssatz gestrichen werden könne. Sofern auch Punkt 4 gestrichen würde, erhebe die Verwaltung aus rechtlicher Sicht keine Bedenken gegenüber der Beschlussfassung.

Die Sitzung wurde anschließend gemäß der Bitte von Herrn Neumann von 11.50 Uhr bis 12.00 Uhr unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. von Teichman auf Nichtbefassung.

Der Antrag auf Nichtbefassung wurde daraufhin mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend wurde die Sitzung auf Antrag von Herrn Prof. Reuter erneut unterbrochen. Er begründete dies damit, dass man sich fraktionsintern über das weitere Vorgehen in Bezug auf den Änderungsantrag und den Umgang mit dem Nichtvorliegen des eigenen Antrages abstimmen müsse.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung erklärte **Herr Hellwig**, die CDU-Fraktion werde dem Änderungsantrag in der von Herrn Neumann vorgeschlagenen Form zustimmen. Letztlich folge dieser Antrag inhaltlich, und streckenweise auch wörtlich, den Vorstellungen der CDU-Fraktion.

Abschließend bitte er den Verbleib des Änderungsantrages der CDU-Fraktion verwaltungsintern zu klären.

Herr Neumann schlug folgende Anpassungen des Änderungsantrages vor:

Im Einleitungssatz werde der Satzteil „...Herstellung des Banter Sees als zukünftiges Freizeit- und Erholungsgebiet.“ gestrichen und ersetzt durch die Überschrift des Original-Antrages der SPD-Fraktion „...Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Verbesserung der Wasserqualität des Banter Sees sowie Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel.“

Im Punkt 4 des Änderungsantrages werde der erste Satz gestrichen: „Die Verwaltung legt bis zur Sommerpause 2011 einen Zeitplan vor, aus dem die

zukünftige Beordnung/Beplanung des Umfeldes des Banter Sees zu erkennen ist.“ Der zweite Satz bleibe bestehen.

Herr Biehl appellierte, auch wenn der betreffende Satz in Punkt 4 gestrichen worden sei, den Zeitplan nicht aus den Augen zu verlieren.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich skeptisch gegenüber dem Vorhaben. Aus seiner Sicht handele es sich dabei um Aktionismus: Es sollten zunächst die Ergebnisse der Freistrahlanlagen und übriger Forschungsarbeiten abgewartet werden, bevor weitere Schritte eingeleitet würden.

Herr Schmidt betonte wie wichtig es dennoch sei, die Problematik in allen Facetten sichtbar zu machen und eine parteiübergreifende Konzeption zu entwickeln.

Herr Hellwig machte darauf aufmerksam, dass es sich bei dem Banter See immer noch um ein altes Hafenbecken handele und es allein aufgrund der vorhandenen Altlasten schwierig sei, jemals eine Badewasserqualität zu erreichen. Dennoch müsse dringend dem jetzigen Zustand entgegengewirkt werden. Dies geschehe aus seiner Sicht am besten dadurch, vorhandene Gutachten auszuwerten und weitere Maßnahmen zu ergreifen. Der Banter See könne nie den Status eines Naherholungsgebietes erlangen, doch müsse alles daran gesetzt werden, kurzfristig das Areal als Freizeitgelände wieder herzustellen.

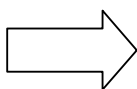
Herr Radmer verwies auf die bereits bestehende „Arbeitsgruppe Banter See“, die sich bereits seit geraumer Zeit mit ebendieser Thematik beschäftige. Aus seiner Sicht seien die immer wieder geführten Diskussionen daher überflüssig.

Herr Tjaden erinnerte an die bereits vor einigen Jahren geführte Diskussion zu diesem Thema, die zu dem Ergebnis geführt habe, dass die Problematik nicht ohne umfangreiche Investitionen zu beheben sei. Damals habe sich der Rat gegen eine solche Investition für fundierte Untersuchungen entschieden und stattdessen für die Installation zweier Freistrahlgeräte gestimmt. Sofern es Ziel sei, den Banter See ganzjährig als Freizeitgelände nutzen zu können, bedinge dies jedoch auch eine entsprechende Gestaltung des Umfeldes des Banter Sees. Seines Erachtens könne das Augenmerk somit nicht allein auf die Erhöhung der Wasserqualität gelegt werden. Eine Untersuchung halte er für durchaus sinnvoll, doch müsse vorher ebenso die Zielrichtung festgelegt werden: Solle ein Freizeitgelände entstehen oder die Wirtschaft in unmittelbarer Nachbarschaft gefördert werden?

Herr Desenz berichtete von seinen Beobachtungen aus seiner Zeit als Marinetaucher bezüglich der im Banter See vorhandenen Altlasten. Dies wurde von **Frau Aljets** aus historischer Sicht bestätigt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde über den angepassten **Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen** abgestimmt.

Der Änderungsantrag erhält nach den Beratungen **folgende Form**:



„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Verbesserung der Wasserqualität des Banter Sees sowie Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel.

1. Unter Federführung von GGS sind in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich 36 – Umweltamt – die bisher erstellten Gutachten, Untersuchungen, Messungen und Beobachtungen (durch

wissenschaftliche Institute, Behörden/Ämter aber auch durch Anrainer und Nutzer des Banter Sees) zusammenzutragen, auszuwerten und daraus ein Untersuchungskonzept zu erstellen. Aus diesem muss erkennbar werden, wo und in welchen Bereichen fehlende Werte nachgeliefert bzw. fehlende Bereiche nachuntersucht werden müssen. Hierzu sind gegebenenfalls – extern – weitere wissenschaftliche Gutachten einzuholen.

2. Aus diesem Untersuchungsprogramm ist eine Zeitschiene aufzustellen, aus der die zu ergreifenden Verfahrensschritte zu erkennen sind. Sich hieraus ergebende notwendige Haushaltsmittel nicht nachträglich in den Haushalt 2011 einzustellen.
3. Das wissenschaftliche Gesamtkonzept ist durch eine externe Gutachtergruppe zu überprüfen und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.
4. Weiterhin ist die Bestandsaufnahme sowie das Verbot illegaler Einleitungen in den Banter See durchzuführen.“

Der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurde mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen (FDP-Fraktion) angenommen.

6.2.4 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes GGS 2011

216/2010

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses „Grundstücke und Gebäude“ vom 02.09.2010 vor.

Er machte darauf aufmerksam, dass die Summe der Kreditaufnahmen für Investitionen um 350.000 € für den ESV-Sportplatz erhöht werden müsse.

Die **Ergänzung des Beschlussvorschlages** nach Beschluss des Betriebsausschusses wird dabei aufgrund des mehrheitlich angenommenen Antrages der SPD-Fraktion zu Tagesordnungspunkt 6.2.1 **gestrichen**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Kreditaufnahmen für Investitionen sind in Höhe von * 8.508.000 € (**neu nach Rat: 8.858.000 €**) vorgesehen.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 4.293.300 € festgesetzt.

~~**Ergänzung lt. Beschluss des BGGS**~~

~~Im Investitionsprogramm sind beim Produkt 11.17.06 die Vorhaben Güterstraße und Freiligrathstraße zu streichen~~

*** Änderung gem. VV**

6.3 Betriebsausschuss Städtische Datenverarbeitung (Ratsherr Hartmann)

6.3.1 Wirtschaftsplan 2011 der Städtischen Datenverarbeitung 204/2010 Wilhelmshaven

Herr Hartmann trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses „Städtische Datenverarbeitung“ vom 07.09.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2011 der Städtischen Datenverarbeitung Wilhelmshaven wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

6.4 Betriebsausschuss Straße und Grün (Ratsherr Radmer)

6.4.1 Wirtschaftsplan 2011 Eigenbetrieb Straße und Grün 225/2010

Herr Radmer trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses „Straße und Grün“ vom 16.09.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes Straße und Grün in Wilhelmshaven wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Sollten sich aus den Beschlüssen des Rates der Stadt Wilhelmshaven in der Sitzung vom 27.10.2010 Änderungen in der Höhe der Einnahmen und / oder Ausgaben ergeben, sind die Zahlen des vorliegenden Wirtschaftsplans um diese Änderungen zu ergänzen / korrigieren.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen wird auf 424.737 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 2.300.000 € festgesetzt.

6.5 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus (Ratsfrau Glaser)

6.5.1 Wirtschaftsplan 2011 der Volkshochschule und Musikschule 245/2010 Wilhelmshaven gGmbH

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 04.10.2010 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2011 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH wird, vorbehaltlich der Änderungen durch die Beschlussfassung zum Haushalt 2011/2012, zugestimmt.

6.5.2 Wirtschaftsplan 2011 der WFG Wirtschaftsförderung in 244/2010 Wilhelmshaven GmbH

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 04.10.2010 vor.

Herr Tjaden dankte den MitarbeiterInnen der WFG für ihre gute Arbeit unter den schwierigen Bedingungen. Dennoch werde seine Gruppe dem Wirtschaftsplan nicht zustimmen aufgrund der Ausgaben für die „Nationale maritime Konferenz“.

Herr Prof. Reuter hielt dem entgegen, dass diese Ausgaben vielmehr als Wirtschaftsförderung und Reklame für die Stadt mit ihren Vorhaben zu sehen seien. Hier handele es sich, wie von der Kommunalaufsicht gefordert, um eine rentierliche Investition.

Herr Dr. von Teichman erklärte, auch seine Fraktion habe Probleme mit diesem Betrag, ebenso wie mit den Zuweisungen für das „Regionale Standortmanagement“. Dazu trage nicht zuletzt auch die schwer abgrenzbaren Zuständigkeiten zwischen der WFG und dem „Referat 03“ bei.

Herr Neumann warnte davor die Investition für die „Nationale maritime Konferenz“ abzulehnen, da diese Veranstaltung anderenfalls in Wilhelmshaven nicht stattfinden könne. Ebenso seien die von Herrn Dr. von Teichman angesprochenen Investitionen für das „Regionale Standortmanagement“ von großer Bedeutung für die Unternehmen in der Stadt.

Herr Tjaden wendete ein, die „Nationale maritime Konferenz“ stelle für ihn eine reine Reklameveranstaltung dar; viel wichtiger sei es, tatsächlich Ergebnisse zu erzielen. Seiner Meinung nach sei hier zudem das Land als Veranstalter in der Pflicht, für die Kosten aufzukommen.

An der weiteren Diskussion über die Bedeutung der „Nationalen maritime Konferenz“ für die Stadt beteiligten sich die Herren Biehl, Oberbürgermeister Menzel, Dr. von Teichman, Adam, Neumann, Tjaden und Rech.

Anschließend wurde die Sitzung von 13.10 Uhr bis 14.05 Uhr für die Mittagspause unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Abstimmung.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2011 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH wird, vorbehaltlich der Änderungen durch die Beschlussfassung zum Haushalt 2011/2012, zugestimmt.

6.5.3 Wirtschaftsplan 2011 der WTF Stadtwerke GmbH

243/2010

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 04.10.2010 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Verlust der WTF Stadtwerke GmbH ist durch eine Zahlung aus dem städtischen Haushalt auszugleichen.

6.5.4 Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2007 - 2009

241/2010

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 04.10.2010 vor.

Herr Langen merkte an, dass die Prüfberichte sowie der Jahresabschluss für die Gesellschaften des Reinhard-Nieter-Krankenhauses noch nicht vorlägen und damit wesentliche Bestandteile des Beteiligungsberichtes fehlten. Dabei wolle er ausdrücklich betonen, dass dies nicht dem Fachbereich Finanzwirtschaft anzulasten sei. Dennoch sei der Beteiligungsbericht aus Sicht der CDU-Fraktion damit nicht genehmigungsfähig. Aus diesem Grunde stelle er den **Antrag, den**

Beschluss über diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen, bis die fehlenden Unterlagen nachgereicht worden seien.

Herr Dr. von Teichman vermisste einen Fortschritt im Bereich der Steuerung der Beteiligungen, nicht zuletzt auch durch den Unterausschuss. Er mahne die verstärkte Wahrnehmung der Steuerungsfunktion des Rates an, die nach der Niedersächsischen Gemeindeordnung vorgeschrieben sei. Dies könne jedoch nicht geschehen, solange der Rat die erforderlichen Befugnisse nicht erhalte bzw. einfordere. Ebenso gebe es seines Erachtens nicht genügend Kommunikation zwischen den Aufsichtsräten und dem Rat. Außerdem müsse der Sinn und Zweck jeder Beteiligung auf den Prüfstand gestellt werden. Eine Verschlinkung der Beteiligungsstruktur sei zwischenzeitlich in einigen Bereichen zwar auf den Weg gebracht worden, erscheine jedoch in der Umsetzung verhältnismäßig schwierig. Hier müsse eine stärkere Forcierung der Thematik eingefordert werden.

Der Vertagungsantrag der CDU-Fraktion wurde daraufhin bei Gegenstimmen von SPD-Fraktion und Oberbürgermeister Menzel mehrheitlich angenommen.

6.5.5 Antrag SPD: Verlängerung der Arbeit des Unterausschusses

538/2010

Herr Neumann brachte den Antrag der SPD-Fraktion ein und begründete diesen anschließend:

„Der Unterausschuss soll seine Arbeit fortsetzen und dem Finanzausschuss / Rat bis spätestens April 2011 einen Abschlussbericht vorlegen.“

Begründung:

Der Rat hatte am 25.11.2009 den Unterausschuss „Umstrukturierung / Neuordnung des Gesamtkonzerns Stadt“ eingerichtet. Dieser Ausschuss sollte dem Rat spätestens zu den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2011 ein umsetzbares Konzept zur Umstrukturierung vorlegen. Der Unterausschuss ist erst nach gewissen Anfangsschwierigkeiten in der Lage gewesen, effektiv zu arbeiten, so dass ein beschlussreifes Ergebnis noch nicht vorliegt. Deshalb ist es notwendig, den Arbeitsauftrag entsprechend zu verlängern.“

Herr Prof. Reuter wies darauf hin, dass der Unterausschuss sein bisheriges Ziel, nämlich die Vorlage eines Konzeptes zur Optimierung der Beteiligungsstruktur, bislang nicht erreicht habe und belegte dies anhand einiger Beispiele. Eine Umstrukturierung werde seit mehreren Jahren immer wieder thematisiert, ohne dass dies zu Ergebnissen geführt habe. Die CDU-Fraktion werde den Antrag ablehnen, da die Arbeit des Unterausschusses bislang nicht zu neuen Erkenntnissen und damit zu einer Entlastung des Haushaltes geführt habe. Überdies lägen seitens der Verwaltung bereits verschiedene Vorschläge zur Optimierung der Beteiligungen im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes vor.

Herr Janssen bezeichnete den Unterausschuss als einen der aus seiner Sicht wichtigsten Ausschüsse des Rates und plädierte für die Weiterführung der Arbeit dieses Gremiums.

Herr Tjaden signalisierte gleichfalls die Ablehnung seiner Fraktion.

Herr Biehl erklärte, er habe aus der Arbeit des Unterausschusses zahlreiche wertvolle Erkenntnisse gewinnen können. Da die Bildung einer „Anstalt öffentlichen Rechts“ (AöR) abgelehnt worden sei, gebe es seiner Meinung nach auch keine weitere Alternative für eine Vereinfachung der Struktur der Beteiligungen. Er halte es daher für dringend erforderlich, den Unterausschuss weiterhin bestehen zu lassen.

Herr Dr. von Teichman merkte an, es sei für die künftige Arbeit des Unterausschusses unerlässlich, klare Ziele festzulegen. Sollte dies nicht geschehen, erwäge auch die FDP-Fraktion einen Rückzug aus diesem Gremium. Zudem dürfe das Thema „AöR“ nicht außer Acht gelassen werden.

Herr Neumann hielt dem entgegen, der Unterausschuss habe sich zwar bereits mit allen Gesellschaften befasst, es mangle jedoch an Vorschlägen seitens der Politik, um hier Ergebnisse zu erzielen. Vorrangiges Ziel des Ausschusses müsse ohnehin sein, sich zunächst einen Überblick über die gesellschaftsinternen Vorgänge zu verschaffen.

Herr Hoff wendete ein, dass auch der Unterausschuss keine Alternativen zur Bildung einer „AöR“ habe aufzeigen können. Zur Überarbeitung der Beteiligungsstruktur werde ein Instrument benötigt, das eine zentrale Steuerung erlaube. Und dies könne ausschließlich durch die Bildung der AöR erfolgen. Eine dezentrale Steuerung hingegen gestalte sich personal- und zeitaufwendig; strukturelle Veränderungen könnten damit, wenn überhaupt, nur langsam herbeigeführt werden. Für eine produktive Herangehensweise würde somit zunächst eine passende Organisationsform, ausgestattet mit den notwendigen Instrumenten, benötigt, um dann zu verwertbaren Ergebnissen zu gelangen. Dies fehle dem Unterausschuss jedoch; eine Steuerung könne damit aus seiner Sicht nicht erreicht werden.

Die Effektivität des Unterausschusses sowie Fragen der Aufgabenabgrenzung zwischen Rat und Aufsichtsräten wurden im Folgenden von den **Herren Tjaden, Prof. Reuter, Dr. von Teichman und Biehl** weiter diskutiert.

Nach Abschluss des Meinungsaustauschs wurde der Antrag der SPD-Fraktion auf Verlängerung der Arbeit des Unterausschusses **mehrheitlich angenommen**.

(25 Ja-Stimmen: SPD-Fraktion, FDP-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herren Janssen und Müller;

19 Nein-Stimmen: CDU-Fraktion, Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen/Westerman, Oberbürgermeister Menzel)

6.5.6 Haushalt 2011/2012 inkl. Änderungsliste

Herr Schmidt informierte, er werde die Tagesordnungspunkte

6.5.6.1 „Gesamtpläne 2011/2012“,

6.5.6.2 „Teilhaushalte nach Dezernaten“

6.5.6.3 „Stellenplan inkl. Veränderungen“

6.5.6.4 „Investitionsprogramm 2011 – 2015“ sowie

6.5.6.5 „Übersichten“

nacheinander aufrufen und Wortmeldungen abfragen. Abstimmungen würden hierüber nicht gesondert erfolgen.

6.5.6.1 Gesamtpläne 2011 / 2012

Wortmeldungen lagen nicht vor.

6.5.6.2 Teilhaushalte nach Dezernaten:

Es wurden keine Wortmeldungen zu den einzelnen Teilhaushalten gewünscht.

6.5.6.2.4.1 Teilhaushalt 32 - Bürgerangelegenheiten / Öffentl. Sicherheit und Ordnung

6.5.6.2.4.1.1 Einrichtung eines Ordnungsdienstes**254/2010**

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 04.10.2010 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung eines Ordnungsdienstes zu prüfen, dessen Ansiedlung im Fachbereich 32 erfolgen soll. Alle Möglichkeiten der Finanzierung dieses Ordnungsdienstes, auch durch Dritte, sind zu überprüfen. Eine Vorlage soll im März 2011 dazu erfolgen.

6.5.6.3 Stellenplan inkl. Veränderungen

Wortmeldungen lagen nicht vor.

6.5.6.4 Investitionsprogramm 2011 - 2015

In Beantwortung einer Nachfrage seitens **Herrn Neumann** informierte **Herr Kottek** über den Sachstand Hafentorbrücke: Zwischenzeitlich läge ein Angebot vom Büro Thalen über die Kosten für das Erstellen eines Orientierungsantrages vor. Diese fielen weit geringer aus, als bisher angenommen. Da der Antrag bis zum 15.12. dieses Jahres eingereicht werden müsse, habe sich der Verwaltungsvorstand dafür ausgesprochen, den Orientierungsantrag in Auftrag zu geben. Eine entsprechende Antragstellung der SPD-Fraktion, wie in der Sitzung des Finanzausschusses am 25.10.2010 diskutiert, habe sich damit erledigt.

Zwischen den **Herren Dr. von Teichman, Neumann, Schmidt und Tjaden** wurde daraufhin kurz die Notwendigkeit der Hafentorbrücke erörtert.

Herr Biehl wies darauf hin, dass sich aufgrund der Ausführungen von Herrn Kottek eine Diskussion über den im Raum stehenden Antrag der SPD-Fraktion erübrigt habe. Aus diesem Grunde **beantrage er „Schluss der Debatte“**.

Der Antrag von **Herrn Biehl** auf „Schluss der Debatte“ wurde **einstimmig angenommen** und **Herr Neumann** erklärte, die SPD werde ihren Antrag nicht weiter verfolgen.

6.5.6.5 Übersichten:

- Verpflichtungsermächtigungen
- Schulden
- Stiftungen

Wortmeldungen lagen nicht vor.

6.5.6.6 Haushaltssicherungsbericht zum Haushalt 2011**239/2010**

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 04.10.2010 vor.

Herr Prof. Reuter monierte, dass die vom Rechnungsprüfungsamt in seiner Stellungnahme zum Haushaltssicherungsbericht geforderten Maßnahmen zur Entlastung des Haushaltes vielfach in der heutigen Sitzung sowohl vom Rat, aber auch seitens der Verwaltung nicht beachtet worden seien.

Herr Neumann hielt dem entgegen, dass keine Partei den von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen in vollem Umfang gefolgt sei. Einen solchen Vorwurf halte er daher für überflüssig.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt den Haushaltssicherungsbericht zum Haushalt 2011 und nimmt die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis.

6.5.6.7 Haushaltssicherungskonzept 2011

Herr Schmidt erklärte, er werde über jeden einzelnen Punkt des Haushaltssicherungskonzeptes beraten und abstimmen lassen. Dabei werde jeweils der Vorschlag der Verwaltung zur Abstimmung aufgerufen.

Ziff. 1.1 Zuschussreduzierung Kunsthalle

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt – (bei 1 Ja-Stimme: Oberbürgermeister Menzel)

Ziff. 1.2 Abbau Personal- und Betriebskosten Botanischer Garten

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt – (bei 1 Ja-Stimme: Oberbürgermeister Menzel)

Ziff. 1.3 Reduzierung Zuschuss Volkshochschule/Musikschule gGmbH

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –
(14 Ja-Stimmen: Oberbürgermeister Menzel, CDU-Fraktion;
30 Nein-Stimmen: SPD-Fraktion, FDP-Fraktion, Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen/Westerman, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herren Janssen und Müller)

Ziff. 2.1 Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung: Mellumstr./Metzer Weg

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

Ziff. 2.2 Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung: Weserstr. (Virchow- Allerstr.)

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

Ziff. 2.3 Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung: Weserstr. (Virchow-Jadeallee)

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

Ziff. 2.4 Aufgabe der Gärtnerei

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 2.5 Abschaltung der Straßenbeleuchtung 00.00 – 6.00 Uhr

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

(6 Ja-Stimmen: Oberbürgermeister Menzel, FDP-Fraktion;
38 Nein-Stimmen: SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen/Westerman, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herren Müller und Janssen)

Ziff. 2.6 Abschaltung der Brunnen in Grünanlagen

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 2.7 Abschaltung der Brunnen Bahnhof-/Rheinstr./Bismarckplatz

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 2.8 Veranlagung des Winterdienstes

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

(16 Ja-Stimmen: Oberbürgermeister Menzel, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen;
28 Nein-Stimmen: SPD-Fraktion, FDP-Fraktion, Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen/Westerman, Herren Müller und Janssen)

Ziff. 2.9 Verzicht auf Auszubildende Gärtnerei

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 2.10 Kostendeckende Gebühren Friedhöfe

In Beantwortung einer Nachfrage seitens **Herrn Neumann** erklärte **Herr Kottek**, der neue Einsparvorschlag aus dem Finanzausschuss resultiere aus einer Überarbeitung der Einzelpositionen der Gebührenordnung.

Die Abstimmung erfolgte zu folgenden Punkten:

- *Vorschlag der Verwaltung: Mehrertrag 261T€/Jahr*

Beschluss: - bei 1 Ja-Stimme von Oberbürgermeister Menzel mehrheitlich abgelehnt -

- *Vorschlag FWM: Mehrertrag 61T€/Jahr*

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 2.11 Bündelung von Aufgaben in der AöR

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 2.12 Verbesserungen WTF-S

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 3.1 Hebesatzerhöhung Grundsteuer B

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

Ziff. 3.2 Erhöhung der Steuersätze für die Hundesteuer

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 4.1 Reduzierung der jährlichen Sitzungshäufigkeit der Fachausschüsse

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 4.2 Zusammenlegung von Fachausschüssen

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 4.3 Kürzung der Aufwandsentschädigungen in Aufsichtsräten um 25%

Herr Dr. von Teichman beantragte die **Verweisung dieses Punktes an den Ältestenausschuss**, wo differenzierte Vorschläge für die einzelnen Gesellschaften erarbeitet werden sollten. Seiner Meinung nach sei es nicht möglich, für alle Gesellschaften eine gleich geltende Regelung zu treffen.

Herr Tjaden hielt den Ältestenausschuss für diese Angelegenheit nicht zuständig. Darüber hinaus sei dieser Vorschlag bereits seit geraumer Zeit bekannt, so dass im Vorfeld dieser Sitzung ausreichend Gelegenheit bestanden habe, sich damit auseinander zu setzen. Er halte es für nicht richtig, die Entscheidung am heutigen Tage zu umgehen.

Herr Schmidt wie auch **Herr Prof. Reuter** verliehen ihrer Skepsis gegenüber einer Kürzung Ausdruck.

Herr Tjaden wiederholte daraufhin seinen Einwand, es habe in der Zwischenzeit ausreichend Gelegenheit für anderweitige Vorschläge gegeben, wovon jedoch kein Gebrauch gemacht worden sei.

Oberbürgermeister Menzel machte darauf aufmerksam, dass hier nicht zuletzt ein Signal für die Öffentlichkeit gesetzt werden könne, indem der Rat auch Einsparungen in seinen eigenen Angelegenheiten zulasse und dies in öffentlicher Sitzung bekunde. Eine Verweisung an den Ältestenausschuss halte er für nicht zweckmäßig.

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, es gehe bei diesen Punkt des Haushaltssicherungskonzeptes um Aufsichtsratsposten. Es solle auch nicht eine Entscheidung umgangen, sondern vielmehr die Entscheidung differenziert werden. Er halte den Ältestenausschuss sehr wohl für das richtige Gremium, sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen.

Der Antrag von Herrn Dr. von Teichman auf Verweisung an den Ältestenausschuss zu verweisen wurde mehrheitlich abgelehnt (bei Ja-Stimmen von FDP-Fraktion und Herrn Müller).

Anschließend wurde über den Vorschlag der Verwaltung zu Ziff. 4.3 (s.o.) abgestimmt:

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 4.4 Einführung papierloser Sitzungsdienst zur nächsten Legislaturperiode

Herr Sager trug den dazu vorliegenden **Antrag der FDP-Fraktion** vor und begründete diesen anschließend:

„Der Rat möge beschließen, dass ab der neuen Ratsperiode alle Informationen (Tagesordnungen, Beschlussvorlagen, Anträge aller Art, Protokolle) den Ratsvertretern ausschließlich digital zur Verfügung gestellt werden.

Um ein praktikables und transparentes Verfahren zu gewährleisten, wird die Verwaltung aufgefordert, alle notwendigen Parameter hinsichtlich der Durchführung zu prüfen und dem Rat ein Umsetzungskonzept vorzulegen.

Dieses Konzept enthält Informationen zu:

- *Verfahrensweise der Umsetzung*
- *Schulungen für Mandatsträger und Ausschussbetreuer*
- *Beschaffung der erforderlichen Hardware (Laptops)*
- *Sicherheit / Internet*

- *Änderungen der Geschäftsordnung*
- *Gegenüberstellung Kosten und Nutzen*
- *mögliche Ausnahmen.*

Herr Tjaden machte darauf aufmerksam, dass es bereits einen entsprechenden Ratsbeschluss zur Einführung des Ratsinformationssystems und damit zum Übergang zum papierlosen Sitzungsdienst gebe. Die Regelung über Ausnahmen halte er dennoch für unumgänglich; es gebe genug Fälle, in denen Unterlagen nicht digital zur Verfügung stünden. Er bitte dennoch, das Vorhaben „Einführung papierlose Ratsarbeit“ durch Ausnahmen nicht zu sehr aufzuweichen.

Der Antrag der FDP-Fraktion wurde einstimmig angenommen.

Nach dieser Abstimmung wurde die Sitzung für eine **Pause von 16.00 Uhr bis 16.15 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die weitere Abarbeitung der einzelnen Ziffern des Haushaltssicherungskonzeptes.

Ziff. 4.5 Reduzierung der Migrationsberatung

Herr Biehl verleihe seiner Skepsis gegenüber diesem Vorschlag Ausdruck. Er halte es für unklug, Personal an einer solchen Stelle zu reduzieren.

Oberbürgermeister Menzel zeigte Verständnis gegenüber einem solchen Einwand, zumal in der letzten Haushalts-Ratssitzung im Februar erst die Erstellung eines Konzeptes zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund verabschiedet worden sei. Er appelliere dennoch, diesem Vorschlag zunächst zuzustimmen und bis zum Ausscheiden der derzeitigen Stelleninhaberin im Jahr 2012 die Ergebnisse des Konzeptes abzuwarten.

Herr Biehl hielt an seiner Auffassung fest, es werde angesichts der derzeitigen Diskussion in der Öffentlichkeit mit einem solchen Beschluss ein falsches Signal gesetzt.

Herr Tjaden schlug eine umgekehrte Vorgehensweise vor: Zunächst solle dieser Vorschlag aus dem Haushaltssicherungskonzept entfernt werden und später könne darüber entschieden werden, ob die Stelle unbesetzt bleibe.

Oberbürgermeister Menzel erklärte, es sei jedoch wichtig, diesen Vorschlag zunächst einmal im Haushaltssicherungskonzept zu belassen.

Eine Abstimmung über diesen Punkt erfolgte nicht, da die Maßnahme bereits veranschlagt war.

Ziff. 4.6 Dezernatsverteilung: Reduzierung auf 3 Dezernate

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 4.7 Erlass einer Straßenausbaubeitragssatzung

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: bei 3 Ja-Stimmen (Oberbürgermeister Menzel, Herren Biehl und Janssen) mehrheitlich abgelehnt

Ziff. 4.8 Parkraumbewirtschaftung: Ausweitung der Parkzeiten auf 20 Uhr

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 4.9 Parkraumbewirtschaftung: Mindestparkzeit von 1 Std.

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 4.10 Rotlichtblitzanlagen

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

Ziff. 4.11 Intensivierung Geschwindigkeitsmessungen

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

Ziff. 4.12 Politessendienst analog der Ladenöffnungszeiten bis 20 Uhr ausweiten

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 4.13 Aufgabe des Schulverkehrsgartens

Zwischen den **Herren Möhle, Dr. von Teichman, Föhlinger, Dr. Graul und Biehl** wurden die Vor- und Nachteile der Aufgabe des Schulverkehrsgartens sowie mögliche Alternativen erörtert.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 4.14 Büro- und Schulflächen auf anerkannte Durchschnittswerte zurückfahren

Keine Abstimmung, da bereits im Haushalt enthalten.

Ziff. 4.15 Einführung einer Zweitwohnungssteuer

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - bei Gegenstimmen der FDP-Fraktion mehrheitlich zugestimmt –

Ziff. 4.16 Weiterentwicklung des Konzerngedankens – Schulden-/Cashmanagement

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

Ziff. 4.17 Auflösung der (fakultativen) Aufsichtsräte

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 4.18 Auflösung/Zentralisierung der HBG (Hafen-Betriebsgesellschaft)

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Prof. Reuter** erklärte **Herr Hoff**, hier würden die Kosten für die Anteile eingespart, indem diese zurückgegeben würden. Zudem würden die Kosten für einen Geschäftsführer entfallen. Bezüglich der „Zentralisierung“ stehe die Überlegung im Raum, die Gesellschaften im Hafenbereich zu einer zu bündeln.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt – (bei Nicht-Beteiligung von Herrn Adam)

Ziff. 4.19 Verkauf KVG (Krematoriums-Verpachtungsgesellschaft)

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 4.20 Prüfung Mehrerlösmöglichkeiten RNK (Reinhard-Nieter-Krankenhaus), Senioren-Wohn-&Dienstleistungs- und Pflegezentrum gGmbH

Auf Bitten von **Herrn Prof. Reuter** erläuterte **Herr Hoff**, die Idee stamme aus der Tatsache, dass einige Eigenbetriebe sehr viel Geld besäßen und dass diese Mittel vorübergehend im Kernhaushalt zur Senkung der Kassenkredite und damit zur Vermeidung der Überschuldung eingesetzt werden könnten.

Herr Neumann erklärte, die SPD-Fraktion werde dies nicht mittragen.

Die Nachfrage von **Herrn Biehl**, ob die übrigen Töchter die Abführung an den Kernhaushalt dann mit entsprechenden Krediten finanzieren müssten, wurde von **Herrn Hoff** bejaht.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziff. 4.21 Prüfung Mehrerlösmöglichkeiten GEW

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 4.22 Auflösung/Verkauf der Grund und Bau GmbH&Co.KG ab 2015; kostendeckende Mieten

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 4.23 Auflösung der Beteiligungsgesellschaft ab 2015

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 4.24 Auflösung der EWS (Entwicklungsgesellschaft Wilhelmshaven Südstadt)

Herr Kottek informierte, lediglich zwei der Gesellschafter wollten ihre Beteiligung an der Gesellschaft aufgeben, die übrigen seien an einer Erhaltung interessiert. Es werde daher zunächst geprüft, ob es zu einem Verkauf der Gesellschaftsanteile komme und dann zu einer Reduzierung des Stammkapitals. Ziel soll sein, dass die Stadt ihr Stammkapital zurückerhält und dann aus der Gesellschaft ausscheide.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 4.25 Auflösung der Fahrbetriebsgesellschaft

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 4.26 Auflösung der WGG (Wilhelmshavener Grundbesitz- und Gebäude-Dienstleistungsgesellschaft)

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziff. 4.28 Verwaltungsinterne Optimierungen

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

6.5.6.7.1 Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der 240/2010 Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 04.10.2010 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die beigefügte Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung).

6.5.6.7.2 Änderung der Hundesteuersatzung (Anhebung der Steuersätze) 252/2010

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 04.10.2010 vor.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Wilhelmshaven vom 17.11.1994 in der Fassung vom 01.01.2002.

6.5.6.8 Haushaltssatzung 2011/2012 238/2010

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 04.10.2010 vor.

Auf Bitten von Oberbürgermeister Menzel wurde die Sitzung zunächst von 16.50 Uhr bis 17.05 Uhr für Beratungen unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Diskussion zur Haushaltssatzung 2011/2012:

Oberbürgermeister Menzel legte dar, dass der Haushalt nach den heutigen Beratungen rund 10 Mio. € hinter den Einsparmöglichkeiten des Haushaltssicherungskonzeptes zurück liege. Damit sei im Jahr 2014 ein Defizit von 106,9 Mio. € zu erwarten. Dieses Ergebnis könne für die Verwaltung nicht zufriedenstellend sein, zumal spätestens in 2016 die Überschuldung drohe. Aus diesem Grunde habe er erhebliche Bedenken, dem Haushalt zuzustimmen, werde diese jedoch zurückstellen. Die Prüfung und abschließende Bewertung der Kommunalaufsicht bleibe dabei abzuwarten.

Herr Tjaden erklärte, die BASU werde entgegen der bisher gängigen Praxis dem Haushalt nicht zustimmen. Zum einen seien die Vorschläge der Verwaltung in weiten Teilen nicht angenommen worden, zum anderen habe es die Politik versäumt, entsprechende eigene Ideen zur Unterstützung des Haushaltes einzubringen. Angesichts des erzielten, wenig zufriedenstellenden Ergebnisses werde der Haushalt von seiner Gruppe abgelehnt.

Herr Prof. Reuter verdeutlichte, seine Fraktion sei den Vorschlägen der Verwaltung in vielen Teilen gefolgt. Es habe lediglich in den Bereichen Ablehnungen gegeben, in denen das Image der Stadt gefährdet erschien. Herr Prof. Reuter belegte dies anhand verschiedener Beispiele.

Herr Neumann beklagte, die Kommunen hätten in vielen Fällen ihre Finanzhoheit verloren und benötigten dringend eine Gemeindefinanzreform. Zudem würden den Kommunen von Land und Bund immer neue Bürden aufgeladen. Hier nannte Herr Neumann ebenfalls verschiedene Beispiele aus dem Haushalt. Abschließend wolle er betonen, dass aus seiner Sicht ohne einen florierenden Hafen keine Chance bestünde, das Defizit abzubauen. Trotz alledem werde die SPD-Fraktion dem Haushalt jedoch zustimmen.

Herr Hellwig zeigte sich überrascht angesichts der Aussagen von Herrn Tjaden, besonders vor dem Hintergrund seines Abstimmungsverhaltens.

Herr Dr. von Teichman führte aus, auch die FDP-Fraktion tue sich schwer mit einer Zustimmung, besonders vor dem Hintergrund der enthaltenen Steuererhöhungen und weiterer Belastungen für die Bürger. Doch auch die gestiegenen Sozialausgaben halte er für problematisch. Daher sei es

unabdingbar, Arbeitsplätze zu schaffen und dafür sei wiederum eine gut funktionierende Wirtschaftsförderung von großer Bedeutung. Darüber hinaus wolle er darauf aufmerksam machen, dass von den bereits im Februar zum Haushalt verabschiedeten Maßnahmen die wenigsten umgesetzt worden seien. Dies alles zusammen erschwere eine Zustimmung zum heutigen Haushaltsentwurf. Um eine tiefgreifende und wirksame Änderung der finanziellen Situation zu erzielen, müsse an den Grundlagen gearbeitet werden. Hier könne die Politik allein jedoch nicht viel bewirken; vielmehr bedürfe es einer gesellschaftlichen Änderung.

Oberbürgermeister Menzel wies darauf hin, dass er mit seiner Zustimmung ein Signal habe setzen wollen. Er bitte jedoch, in dieser abschließenden Betrachtung des Haushaltes auf Schuldzuweisungen zu verzichten und zum Wohle der Stadt zu entscheiden.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2011 / 2012 einschließlich des Haushaltsplanes, des Haushaltssicherungsberichtes, des Haushaltssicherungskonzeptes und des Investitionsprogramms unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen und Haushaltsvermerke sowie der Anlagen zum Haushaltsplan.

B. Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Zum Abschluss des öffentlichen Teils der Ratssitzung hielt der Ratsvorsitzende, **Herr Schmidt**, eine kurze Ansprache anlässlich der letzten Teilnahme an einer Ratssitzung des Stadtkämmerers, **Herrn Hoff**, vor Verabschiedung in den Ruhestand und verband dies mit den besten Wünschen für dessen „Unruhestand“. Anschließend überreichte Herr Schmidt im Namen des Rates ein Blumenpräsent.

Herr Hoff sprach einige Worte zum Abschied. Er wünschte seinem Nachfolger eine glückliche Hand und dankte allen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 17:35 Uhr

gez. _____

Schmidt
Ratsvorsitzender

gez. _____

Menzel
Oberbürgermeister

gez. _____

Rogel
Protokollführerin